

Weisse, graue und schwarze Schafe



Von Matthias Voigt
Präsident LAFV Liechtensteiner
Anlagefondsverband, Vaduz

Die Zeit vergeht, die weltweite Wirtschaftskrise wirft weiter ihre langen Schatten, und die Finanzwelt bleibt im Fokus von Politik, Wirtschaft, Presse und Gesellschaft. Die von der Politik weltweit verabschiedeten Hilfsprojekte, um das angeschlagene Finanzsystem zu festigen und wieder nach vorne zu bringen, liegen auf dem Tisch und werden bereits Zug um Zug umgesetzt. Nach und nach kommt es zu kleinen Rallys an den Börsen, die für einen gewissen Optimismus sorgen, dass die Talsohle langsam durchschritten sein könnte. Grundsätzlich sind diese Lebenszeichen positiv und stimmen zuversichtlich, dass allmählich wieder Kontinuität in den Finanzsektor einkehrt.

Mit Spannung warten wir nun auf die angekündigten Regulierungsmassnahmen, die bereits seit geraumer Zeit sehr intensiv in den diversen nationalen und internationalen politischen Gremien diskutiert werden. Hier wird, wie bereits mehrmals in der Vergangenheit festgestellt, eine (vorübergehende) Verstaatlichung des Finanzsystems in Angriff genommen. Klar ist, dass das Engagement vieler Staaten zu ausserordentlichen finanziellen Kraftakten geführt hat. Vor diesem Hinter-

grund scheint es daher auch legitim, dass sich diese Staaten und Staatengemeinschaften für ihre Hilfsbereitschaft und ihren (finanziellen) Einsatz nun ein gewisses Mitbestimmungsrecht sichern möchten.

Bei den anstehenden Regulierungen werden wir allerdings auch einiges erleben, das wir uns heute noch gar nicht so richtig vorstellen können. Ein wenig spekuliert werden darf etwa über eine gesamteuropäische Regulierungsbehörde nach dem Muster der Europäischen Zentralbank. Das scheint ein Unterfangen zu sein, welches nationale Alleingänge beendet und zumindest die heute noch bestehenden, unterschiedlichen (europäischen) Finanzsysteme in der Zukunft rasch zusammenwachsen lassen sollte. Einen wesentlichen Punkt im Detail wird dabei die anstehende Beaufsichtigung und Regulierung von Hedge Funds und Strukturierten Produkten bilden. Hier stellt sich vor allem die Frage, wie man z.B. die derzeitigen Hauptdomizile der Hedge-Fund-Industrie in den Griff bekommen kann. Da die Domizile von Hedge Funds vielfach in Ländern mit «besonderen» Jurisdiktionen, wie z.B. Grand Cayman, Bahamas, BVI o.ä. liegen, scheint eine umfassende Regulierung schwierig.

Ohne grossangelegte Quervergleiche anzustellen, scheint uns der Fondsplatz Liechtenstein derzeit bereits gut gerüstet zu sein, um die Einführung von zusätzlichen Regulierungen in diesem Bereich schnell und effizient begleiten zu können. Durch die derzeit schon gesetzlich vorgegebenen besonderen Fondstypen in Liechtenstein – das Investmentunternehmen für andere Werte, das Investmentunternehmen für andere Werte mit erhöhtem Risiko sowie das Investmentunternehmen für qualifizierte Anleger – ist man hier schon seit längerem in der Lage, differenzierte und sehr individuelle Fondsprodukte gestalten zu können. So gesehen besteht bereits heute die Möglichkeit, ordentlich aufgestellte, regulierte und beaufsichtigte Fonds aufzulegen. In der Vergangenheit wurden diese Varianten durchaus häufig ge-

wählt. Nach letzten Informationen hat es bisher auch kaum zu Ausfällen geführt, da entsprechend intensiv mit der zuständigen Behörde kommuniziert wurde.

Ein kurzes Statement zu den letzten Entwicklungen und Entscheidungen der G-20-Staaten sei an dieser Stelle gestattet. Nun gibt es also nicht mehr nur eine schwarze Liste von Staaten, die in Steuerangelegenheiten nicht mit anderen Staaten kooperieren, sondern derer gleich drei in den Farben «schwarz, grau und weiss». Eigentlich unfassbar, denn von vier auf der neuen schwarzen Liste befindlichen Ländern haben gleich alle, mehr oder weniger schnell, ein Commitment zu den OECD-Standards gegeben und wurden damit «grau». Die Länder auf der grauen Liste haben bereits früher ihre Commitments gegeben, aber scheinbar noch nicht so umgesetzt, wie es die G-20-Länder gerne wollen. Also muss man hier feststellen, dass das Wort eines Staates so lange nicht gilt, bis entsprechende Verträge geschlossen sind. Die Länder auf der weissen Liste dagegen sind die «Guten», die alles bestimmen und zudem machen was gefordert ist. Umso bemerkenswerter, als Jurisdiktionen wie Jersey, Guernsey oder die Isle of Man plötzlich Mitglieder der weissen Liste sind. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Zusammenfassend kann man durchaus sehen, dass irgendwie zwar der gute Wille honoriert wird, aber das (abgewandelte) Motto aus Sicht der G-20-Staaten «Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, bis dass er denn die Wahrheit spricht» knallhart umgesetzt wird. Die Massstäbe sind dabei sehr unterschiedlich, und es stimmt auch bedenklich, dass keine, wenn auch noch so versteckte Bekundung der grossen Länder erkennbar ist, dass auch diese Protagonisten an ihren Steuersystemen arbeiten wollen, damit ihre «schwarzen» Schafe in den jeweiligen Ländern bleiben und eben gar nicht erst ihr Heil in der Flucht sehen müssen. Es bleibt nur zu hoffen, dass die neuen Listen kein Muster ohne Wert sind.

www.fondsverband.li ●